

Wossische



Wossische

20 Pfennig

Gegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Abfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, nach-Zelle 18 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zelle 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ulstein, Chefredakteur: Georg Bernbard, Verantw. Red.: Dr. Hans Albrecht Graf von Tscholas, Berlin. Caverl, Manusk. werr.naz.rückg., wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstr. 22-26

Persepolis-Zentrale Ulstein, Ad. Danhoff 300—305, für den Farverkehr Ad. Danhoff 300—302, Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postbezeichnung: Berlin 92.

Italienische Einmischung im Tessin

Sondergesetze gegen Deutsche gefordert

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“
am Rom, 12. Juni
Der „Impero“ veröffentlicht eine Korrespondenz aus Lugano, wonach darauf hingewiesen wird, daß die Deutschen hiermit sich daran geben, dem Kantone Tessin seinen „ausgeprochen italienischen Charakter“ zu nehmen und eine heftige Bewegung daraus zu machen. Gemeint sind wohl nur die deutschen Schweizer. Das geschieht aber, daß die Korrespondenz daraus nachgehende Schlussfolgerungen zieht:
„Solange das Tessin ein autonomer Kanton in der Schweizer Eidgenossenschaft ist und seinen typischen Charakter eines italienischen Landes behauptet, und so lange es eine Gefahr sein wird, für den Italiener nicht mehr, nicht Staaten immer die territoriale Integrität der Schweiz respektieren. Aber wenn im

Gegensatz dazu die heftige Ausbeutung sich in dem Bereich der letzten Jahre fortentwickelt sollte, würde die Lage bedeutend schwieriger werden. Will die Schweiz die Folgen einer derartigen Lage vermeiden, so braucht sie nur den Ankauf von Boden im Tessin durch Deutsche zu verhindern. Die Schweizer Regierung müßte allerdings derartige Probleme jedes Mittel anwenden, um die Folgen abzuwehren, die sich daraus entwickeln könnten.
Denn mit der Zeit könnte Italien nicht geneigt sein, eine derartige unfaire Situation vor den Toren von Como und Mailand hinzunehmen.

Nachdem die schweizerische Regierung gegen Deutsch-Tesin sich festgelegt hat, sucht die schweizerische Politik im Tessingebiet die Schweiz ein neues Politikfeld. Den Politischen Spielplan in Genf jetzt wird die offene Präzisierung Schweizer Außenpolitik. Man darf mit Bestimmtheit erwarten, daß die Schweiz die Antwort auf diese Einmischung in ihre innere Politik nicht zurück bleiben wird.

Der Fall Hannover

Von Georg Bernbard

Im einem Inhaberskreise Professor der Philosophie von der Technischen Hochschule in Hannover zu verbrägen, trafen sich Wochen die Studenten, bemühen sich im gleichen Sinne die Professoren. Der preussische Kultusminister eröffnet wieder ein Disziplinärverfahren gegen die Professoren, noch fester er fürzerben die Hochschule. Aber ein paar von den Rateleuten werden relegiert und, soweit sie gegen das Strafgesetz sich ergangen haben, in einer Besetzung verurteilt. Die Studenten protestieren von neuem. Sie greifen in den Streit. Sie machen eine Demonstrationsschritt nach Braunschweig. Der Kultusminister weicht noch immer mit der Schließung der Hochschule. Er befürchtet und verhandelt, aber die Debatte in Hannover fürchten, daß es heißt mit der Verwirklichung Schuld einmal ein Ende nehmen könnte. Sie versuchen nicht, was ein Ende ist zu verhindern, die Sache endlich in Ordnung zu bringen, sondern sie prüfen die Bürger Hannovers auf. Erst unterließ sich die hannoversche Landesversammlung, die sich nach dem Gesetz um ganz andere Dinge zu kümmern hat, dem Kultusministerium Vorhaltungen darüber zu machen, wie die Ausführung die Ausübung des schweizerischen Nachschubes auszuführen habe, und dann wieder eine Bürgerversammlung veranlassen, in der außerordentlichen Sitzungen laut werden, die dem preussischen Kultusminister beschreiben, daß er keine Lösung hätte, keinen Platz zu räumen. Also nicht die Studenten sollen gefordert werden, die sich früher gegen Anstand und Ordnung ergangen haben, nicht die Professoren werden gerechtfertigt, die offen gemeinsame Sache mit den Studierenden machen, sondern der allzu duldsame Kultusminister wird in den Sitzungsprotokoll verurteilt. Dr. Becker wird sich wundern, wie seine Langmut und Geduld befolgt wird. Was wundern wir uns nicht.

Gespräch mit Zoghlul-Pascha

Innere Reformierung Ägyptens

Von unserem Sonderberichterstatter
von Kairo, 12. Juni
Nach seiner einflussreichen Rede zum Kammerpräsidenten empfangt Zoghlul-Pascha Abgeordnete, um ihm Erklärungen über die künftige Politik Ägyptens zu geben. Ägypten habe keinen energiegelben Willen kundzugeben, nie mehr auf das Parlament zu verzichten. Die Zeit des Absolutismus sei endlich und für immer vorbei. Parlament und Regierung seien vollständig einig.
„Der Vorschlag der Abgeordneten der Kammer gehören meiner Partei an“, erklärte Zoghlul, „und die einzelnen Verantwortlichen, die die Regierung übernehmen haben, repräsentieren nicht ihre Parteien.
Die wichtigste Aufgabe der Regierung ist die in Aussicht genommene innere Reform, deren Durchführung sehr schwierig ist und viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Seitdem England ihre Unfähigkeit anerkannt und sich mehr oder weniger von der Verwaltung des Landes zurückgezogen hat, handelt niemand mehr unsere innere Entwicklung. Was allen wollen wie die Vorkriegszeit auf eine höhere Stufe stellen, vor allem den Unterricht der Frauen auszuführen als Vorbildung der Frauenausbildung. deren Anstand ist vor allem ein, da sie die Quelle der nationalen Kraft des Volkes ist.“

Was den Sudan betrifft, so will ich den kommenden Verhandlungen des Reichstages nicht vorzuziehen, ebenmäßig will ich mich über die bekannten vier Rekonstruktionen Englands äußern. Diese wären einseitige englische Erklärungen, zu denen man unsere Zustimmung nicht verlangt hat, so daß wir uns auch über Verhandlung über dieselben enthalten können.“
Nach dem Einbruch, den die Reichstagsmitglieder genommen hat, will Zoghlul seine ganze Kraft der inneren Arbeit, vor allem der Reorganisation der Beamtenenschaft widmen, England gegenüber aber ein abwartende Haltung einnehmen. Da England Zoghlul in dieser Hinsicht scheinlich freie Hand lassen wird, so scheint die Reise auf lange Zeit hinaus abgebrochen zu sein. Die meisten Wünsche liegt Zoghlul auf die Veranlassung fernschäftlicher Verhandlung an. Er wünscht im Besonderen, die für die weitere Entwicklung Ägyptens waren wichtig.

Nurmi besiegt

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“
! Stockholm, 12. Juni
Bei den heutigen Wettbewerben im Laufen über 1000 Meter in Kungölv wurde Paavo Nurmi von Eino Pentti überraschend besiegt. Die Zeiten waren für den Ersten 2:31,2, für Nurmi 2:32,2.

Leffing bleibt

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“
* Hannover, 12. Juni
Wie Prof. Leffing Ihrem Korrespondenten erklärte, haben die letzten Verhandlungen im Ministerium zu der Festhaltung geführt, daß für das Ministerium kein Grund besteht, Leffings Behauptung zurückzugeben. Prof. Prof. Dr. Cserhelen habe vielmehr nochmals Stellung bekommen, daß er Prof. Leffings Behauptung zu schließen habe.
Oberbürgermeister Dr. Wenge hat heute das Ansuchen an Professor Leffing gestellt, er möge folgende Erklärung unterzeichnen: „Ausdrücklich anerkannt wird, daß die Behauptung des Professors und Bürgerverordnungsleiters der Stadt Hannover auf ein Verbot aus der Zeitschrift der Hochschule Hannover.“ Prof. Leffing erklärte, auf dieser Stelle nicht verhandeln zu können.
Der Grund der Vorzüge der letzten Tage hat Prof. Leffing auch der Oberhauskommission mitgeteilt, die sich gegen ihn äußert, daß er mehr seine Bitte um Straffreiheit für die Studenten nicht aufrechterhalten könne. Er habe als Privatmann genügend gesagt, daß er eine vorläufige Regelung versuchen möchte. Nunmehr aber habe nicht mehr die Person in Frage, sondern die ganze Angelegenheit sei eine Angelegenheit der Staatsgewalt, der

er als einziger nicht in die Hände fallen könne. Prof. Leffing erklärte weiter, daß er nicht bereit sei, die Strafrechtung abzulegen.

Eine „Deutsche Studentenschaft“

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“
ab Bonn, 12. Juni
Bekanntlich vertritt der Vorstand der sogenannten „Deutschen Studentenschaft“ an den deutschen Universitäten einen „Zentralrat“ für die hannoverschen Studenten zu integrieren. Damit hat er sich in Bonn aber eine Führung gebildet. Der Vorstand der Studentenschaft der Universität Bonn erklärt nämlich eine Erklärung, in der er es ablehnt, die Stellungnahme der hannoverschen Studentenschaft in der Angelegenheit Prof. Leffing durch „Zentralrat“ zu unterstützen. In der Erklärung heißt es, daß die Bonner Studentenschaft keine Verantwortung über die Haltung irgendeiner von außerorts bestimmten zu lassen und daß sie für den Rest der zur Gesamtangelegenheit stehen kann, wenn ein objektiver Bericht über die Vorgänge in Hannover vorliegt.